

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zusage in Dresden oder durch die Post monatlich M. 7000,—
Einzelnnummer M. 300,—, Sonntagsausgabe M. 400,—.
Anzeigen-Preise. Die Spalte 30 mm breite Zeile M. 500,—, außerhalb S. 600,—, Familien-
anzeigen und Erlangung unter Wegfall jeden weiteren Zehntels M. 300,—,
Berzugspreise laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Barzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Neff in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersungene Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Belgien fordert beschleunigte Reparationsbesprechungen

Androhung der Zurückziehung der belgischen Truppen bei weiterer Verschleppung der Brüsseler Konferenz durch Frankreich. — Die Arbeiterschaft für Fortsetzung des passiven Widerstands auch während kommender Verhandlungen. — Barbarische Drangsalierung ausgewiesener Familien. — Die Gewerkschaften gegen das Garantieangebot der Industrie.

Um die Aufstellung eines gemeinsamen französisch-belgischen Programms.

Berlin, 1. Juni. Wie aus Paris gemeldet wird, verlangt in dortigen politischen Kreisen, Belgien habe seiner Forderung eines beschleunigten Meinungsäustausches mit Frankreich über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Reparationsprogramms dadurch Nachdruck verliehen, daß es im Falle weiterer französischer Forderungen mit Zurückziehung seiner Truppen aus dem Ruhrgebiet gedroht habe.

Baldwin zur Regelung der Reparationen entschlossen.

London, 1. Juni. Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge besaß sich das britische Schatzamt augenblicklich damit, die britische Reparationspolitik zeitig zu gestalten. Baldwin sei entschlossen, eine Regelung des Problems der Reparationen und interalliierten Schulden zu versuchen, und auf einer unformellen Zusammenkunft von Ministern sei beschlossen worden, die dem Bonar-Law-Plan zugrunde liegenden Prinzipien aufrechtzuerhalten zugleich mit der nötigen Revision der Zahlenwerte. Das Schatzamt prüfe die Gesamtfrage von neuem, um abzuschätzen, welchen Einfluß die Ruhrbesetzung auf den britischen Plan habe. Die einzige Aenderung, die an diesem Plan gemacht werde, werde die Einziehung abgeänderter Summen sein, wo dies bei den augenblicklichen Bedingungen notwendig sei. (B. T. B.)

Enthüllung Poincarés über die Anfügsamkeit der Alliierten.

Paris, 1. Juni. „Le Nouvelle“ hat sich durch die gefürchte hasstvolle Auslassung des „Temps“ nicht davon überzeugen lassen, daß zwischen Paris und Brüssel keine Meinungsverschiedenheiten in der Ruhrfrage beständen. Auch „Echo National“ tritt dieser Auffassung bei. „Le Nouvelle“ schreibt: Der fortschreitende Zielungswechsel des einzigen Verbündeten Frankreichs habe in amtlichen Kreisen eine tiefgehende Erregung verursacht. Daher habe man gestern nachmittags eine jener Kommunique veröffentlicht, wie sie nur der Quai d'Orsay zu veröffentlichen imstande sei. Man lese zwischen den Zeilen, daß man in Paris das Ruhrgebiet als produktives Land, in Brüssel dagegen lediglich als Druckmittel betrachte. Es sei klar, daß die französische Regierung entschlossen sei, um es nicht eingestehen zu müssen, appelliere sie an den Patriotismus. (B. T. B.)

Der Standpunkt der Gewerkschaften zum passiven Widerstand.

Die Arbeiterschaft für Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Essen, 1. Juni. Eine Konferenz von Führern der freien Gewerkschaften und der Bezirksleitungen nahm nach Vorträgen des Bergarbeitersführers Martin Müller und des Reichstagsabgeordneten Reumann eine Entschließung an, in der sie betonen, daß der von den Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten geführte passive Widerstand auch während der gespiegelten Unterhandlungen mit der bisherigen Energie fortgesetzt werden müsse. Vorzeitiger Abbruch des Widerstandes würde Unterwerfung unter den französischen Imperialismus und Militarismus bedeuten. Die Arbeiterschaft führe den Kampf nicht für die Reichsregierung und nicht für die deutsche Kapitalistenklasse, sondern für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, also für sich selbst und für das internationale Proletariat. Nach dem Warklura müsse von der Reichsregierung und dem Unternehmertum alles getan werden, um sofort die Gehälter, Löhne und Erwerbslosenlöhne und Renten den veränderten Verhältnissen anzupassen und die Steuerungsweise zu beseitigen. Zur Bekämpfung des Erfüllungswillens und zur wirklichen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen seien ganz andere Leistungen der deutschen Kapitalistenklasse erforderlich, als sie im Angebot der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck kämen. Jede irgendwie geartete Antikörper der deutschen Souveränität in den bedrohten westlichen Gebieten würden die Arbeitermassen entschieden bekämpfen. Sie würden sich auch mit einer internationalen Gendarmarie niemals abfinden. (B. T. B.)

Aufruf der freien Gewerkschaften gegen die Kommunisten.

Essen, 1. Juni. Eine Konferenz der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften des Ruhrgebietes mit den Bezirksleitungen erklärte in einem Aufrufe an die Mitglieder der freien Gewerkschaften, daß in geradezu verdrängender Weise die Not des Volkes ausgenutzt würde, um unter dem Schutze der Franzosen politische Ziele zu erreichen. Statt die Macht der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen zu härten, entsetzten die Kommunisten unter dem Deckmantel berechtigter Lohnforderungen politische Kämpfe, die zahlreichen Proletariatsleben und Gesundheit kosteten. Es solle versucht werden, die durch unverantwortliche Schädlinge vermehrte Not in den Arbeiterfamilien zu lindern. Entsprechende Verhandlungen, die auch berechnete Lohnansprüche befriedigen sollten, seien eingeleitet worden. Die Arbeiter müßten aber aus den letzten Vorgängen lernen und alles daran setzen, die Gewerkschaften zu härten. (B. T. B.)

„Nicht opportunist!“

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 1. Juni. Als Antwort auf die Nachricht, daß der Verband der englischen Handelskammern eine Intervention beabsichtige, die darauf hinausgeht, ein internationales Sachverständigenkomitee zu schaffen zur Prüfung der Reparationsfrage, wie der Frage der interalliierten Schulden überhaupt, hat das französische nationale Komitee der internationalen Handelskammern sofort einen Beschluß gefaßt, die Resolution, die auf dem Kongress der internationalen Handelskammern in Rom gefaßt worden war, anzunehmen, daß es nicht opportunist sei, im Augenblick irgendwelche Anregungen zu geben, um die zwischen den Alliierten und Deutschland bestehende Lage zu klären.

Völkerbund und Saarregierung.

Paris, 1. Juni. Das „Echo de Paris“ schreibt: Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Grammond hat dem französischen Ministerium mitgeteilt, daß der englische Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, um die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet zu prüfen, auf die Tagesordnung der am 25. Juli stattfindenden Tagung des Völkerbundes gesetzt worden sei. Die französische Regierung werde unverzüglich in London und Genf, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, zu verfahren geben, daß sie ihre Zustimmung zu einem derartigen Verfahren nicht geben kann. Die Ordnung der Regierungskommission vom 7. März sei vielleicht ein wenig ungeschickt verfaßt. Zweifellos werde sie durch eine mit mehr Klarheit verfaßte Ordnung ersetzt werden, aber sicher könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die bis jetzt verhängte Politik fortgesetzt werde. (wfb.)

Englands Interesse am Saargebiet.

London, 31. Mai. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Es besteht Grund zur Annahme, daß die letzte Saardebatte im Unterhaus und das in der letzten Zeit von der englischen Presse in der Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergebnisse haben werde. Die britische Regierung habe bereits eine Denkschrift an die im Völkerbunde vertretenen Mächte gerichtet, in der zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saargebiet derart sei, daß eine Art von Unterordnung nötig sei, damit die gegen die Völkerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder anderfalls die Maßnahmen über die Besetzung der Saar durchgeführt werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund komme. (B. T. B.)

Frankreichs Abneigung gegen die Brüsseler Verhandlungen.

Die Ausarbeitung der deutschen Antwort auf die absehbenden Noten der Alliierten, die das erste ernsthafte Angebot nach sich zog, scheint in diesen Tagen lebhaftere Fortschritte zu machen. Schon jetzt dürfte feststehen, daß die deutsche Regierung sich mit dem Gedanken trägt, ihre erdrückenden und erweiternden Ausführungen zum ersten Anerbieten bereits in der nächsten Woche in den Hauptstädten der Ententestaaten überreichen zu lassen. Man kann diese Absicht, für die offizielle Mitteilungen sprechen, nicht ohne gewisse Bedenken aufnehmen. Gänzlich von der Wahl des Zeitpunkts der Übermittlung gerade eines so wichtigen Dokuments, wie es das deutsche Ergänzungsangebot darstellt, wird ein wesentlicher Teil des Erfolges ab. Ein Festhalten in dieser Hinsicht kann uns leicht größere Nachteile bringen, als irrendweise inhaltliche oder formelle Unebenheiten, die sich in ohnehin bei der recht unfreundlichen Kritik, mit der wir es erfahrungsgemäß zu tun haben, nie vermeiden läßt. Die Wahl des Zeitpunkts aber, zu dem wir unsere Erklärungen auf den Verhandlungstisch legen lassen wollen, ist voll in unsere Hand gegeben und es ist von außerordentlicher Bedeutung, die uns günstige Situation mit sicherem Urteil zu erfassen. Ob dieser Augenblick aber bereits in der nächsten Woche eintreten wird, muß entschieden bezweifelt werden. Am Mittwoch werden bekanntlich Poincaré und Theunis sich in Brüssel treffen, um Verhandlungen über ein gemeinsames französisch-belgisches Reparationsprogramm zu pflegen, dessen Kommittee für uns vorübergeben, ja vor der Fertigstellung unserer Note von großer Wichtigkeit wäre. Verhält es sich doch so, daß eine Erweiterung des ersten deutschen Angebots nur dann überhaupt Sinn und Zweck hat, wenn wir von einer klaren Vorstellung der gegnerischen Forderungen dabei ansachen können. Die nur vermeintliche Kritik, von denen die ablehnenden Noten Poincarés und Bonar Paws beherricht waren, boten keinerlei bestimmten Anhalt für das, was Frankreich oder England eigentlich wollen. Die französisch-belgische Ausdrucksweise scheint aber, wenn sie nicht ganz hinter verschlossenen Türen vor sich gehen sollte, nach den vorliegenden Anzeichen uns eine positive Unterlage für die Reparationsgedanken wenigstens dieser beiden Länder zu bringen, deren Auswertung für den Erfolg unserer Note ins Gewicht fiel.

Die Grundlage der Brüsseler Erörterungen wird ein belgisches Reparationsplan bilden, der von der Pariser Presse bruchstückweise veröffentlicht worden ist. Nach diesem Plane soll Deutschland angeblich dazu veranlaßt werden, sich für 60 Jahre zu einer jährlichen Leistung von 2 Milliarden Goldmark zu verpflichten, von denen 1,9 Milliarden durch die Monopolisierung von Alkohol, Zucker, Tabak, sowie durch Verpachtung der Eisenbahnen zu erbringen wäre, während der Rest in Kostentiefen geleistet werden müßte. Dazu solle eine 25-prozentige Beteiligung an der deutschen Industrie treten, die eine Zulassung von unbestimmter Höhe garantiere. Weiterhin ist nach den französischen Quellen im belgischen Plane von der Bekanntheit der Priorität der Ansprüche beider Länder für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und von der Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung unter eventueller Verschärfung der Blockade die Rede. Man wird auf den ersten Blick ohne weiteres feststellen können, daß diese Gedankenansätze keineswegs die unerlässlichen Ideen des belgischen Kabinetts bilden, die der französischen Presse zu einer scharfen Kampfstellung gegen Theunis und Aspar An-

Die Beamten an der Ruhr gegen die Putschversuche.

Ebersfeld, 31. Mai. Die Beamtenarbeitsgemeinschaft an Rhein und Ruhr, in der alle maßgebenden Beamtenorganisationen zu gemeinsamer Arbeit während des Ruhrstreiks zusammengeschlossen sind, faßte in der letzten Sitzung zur Lage im Ruhrgebiet eine Entschließung, in der sie feststellt, daß die Putschversuche politisch unverantwortliche Elemente eine riesige Gefahr für die Abwehrbewegung bedeuten. Gerade die Beamten müßten unter den Folgen der vorzeitig zusammenbrechenden Abwehrfront am meisten leiden. Die Arbeitsgemeinschaft warnt die Mitglieder, sich zur Beteiligung an einer solchen Katastrophopolitik verleiten zu lassen, und erwartet von der Reichsregierung und den privaten Wirtschaftskreisen, daß sie in der Lohn- und Gehaltspolitik, in der Bekämpfung des Wuchers und in der Außenpolitik Wege gehen, die geeignet sind, die verzweifelten Volksmassen zu beruhigen. (B. T. B.)

Streik der städtischen Arbeiter in Köln.

Köln, 1. Juni. Dem wilden Streik der Kölner Straßenbahner haben sich heute sämtliche anderen städtischen Arbeiter angeschlossen. Schlachthof, Ruhrpark, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Theater, städtische Büros und sogar die Friedhöfe, sind vom Ausfall betroffen. Der Streik greift so weit um sich, daß heute morgen die Arbeiter des Beiriedhofes, entgegen dem Beschluß des Betriebsrates, sich weigerten, die Särge aus den Autos auszuladen. Die Schlachthofarbeiter lehnten es ab, das Vieh weiter zu füttern. Die Gewerkschaften aller Richtungen erklären, daß sie mit diesem Streik nichts zu tun haben und daß er gegen ihre Absicht und gegen ihre Beschlüsse zustande gekommen sei. Für die Stadt besteht also gar keine Notwendigkeit, mit einem Tarifkontrahenten über die Velleitungen des Streiks zu verhandeln, da ihr Tarifkontrahent, die Gewerkschaften, gar keine Forderungen vorgelegt hat. Auch die auf einem wilden Betriebsratskongress gebildete sogenannte Streikleitung hat der Stadtverwaltung offiziell keine Forderungen übermitteln. Der englische Kreisoffizier hat vier Mitglieder der Streikleitung verhaften lassen wegen Verstoßens gegen eine Ordonnance der Rheinlandskommission, nach der ein Streik nur dann proklamiert werden darf, wenn die tariflichen Schlichtungsausschüsse gesprohen haben.

Dollar (Amtlich): 74 750
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 75 000

Für die Reisezeit!

Wer die Nachsendung der Dresdner Nachrichten nach den Sommeraufenthaltsorten wünscht, muß dies rechtzeitig, mindestens

4 Tage vor der Abreise

bei unserer „Verbandsabteilung“ beantragen.

- A. Für Bezüher, die die Zeitung durch Austräger erhalten und die Ueberweisung der Zeitung durch die Post wünschen, beträgt die Gebühr für jeden angefangenen Monat 30 Mark.
- B. Postbezieher beantragen die Nachsendung bei dem Postamt, durch das sie die Zeitung bisher geliefert erhielten; die Gebühren betragen für jeden angefangenen Monat M. 60.—
- C. Auf Wunsch werden auch Kreuzbandsendungen ausgeführt; Auskunft erteilt unsere Verbandsabteilung. Die Gebühren sind in jedem Falle im voraus zu bezahlen.

Dresdner Nachrichten

Verbandsabteilung.

Marienstraße 38/40.

Telephon: 25241.